

PRESSEMITTEILUNG

BUND Bundesverband
und BUND Landesverband Niedersachsen e. V.
5. Januar 2010

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Dioxin-Skandal wirft Schlaglicht auf Massentierhaltung – Demonstration für eine neue Landwirtschaftspolitik am 22. Januar in Berlin

Der erneute Dioxin-Skandal in der Massentierhaltung zeigt, dass die Agrarindustrie ihre selbstproduzierten Risiken nicht in den Griff bekommt. In immer größer werdenden Ställen für Hühner und Schweine werden zunehmend industriell hergestellte Futtermittel eingesetzt. So ist auch im aktuellen Dioxin-Skandal verunreinigte Ware von einem einzigen Futtermittellieferanten in mindestens vier Bundesländern in tausenden Ställen verfüttert worden. Unter dem Konkurrenzdruck zur industriellen Massentierhaltung setzen immer weniger Eier- und Fleischproduzenten selbst hergestelltes Futter ein, obwohl sich auf diese Weise Gefahren entscheidend verringern ließen.

Gerade in Niedersachsen, dem „Agrarland Nummer 1“ ist die Ausdehnung der Massentierhaltung nicht mehr tragbar. Der BUND Landesverband Niedersachsen e.V. setzt sich für eine umweltschonende und tiergerechte Landwirtschaft ein. Auch angesichts der schon jetzt bestehenden Belastung von Gewässern und Luft muss die Landespolitik umsteuern und die bäuerliche Landwirtschaft fördern.

Gegen die Missstände in der industrialisierten Landwirtschaft wird ein Bündnis aus 80 Bauern-, Umwelt-, Tierschutz- und Entwicklungsverbänden am 22. Januar 2011 in Berlin bei einer **Demonstration** protestieren.

„Das Wachstum der Massentierhaltung und der Futtermittelindustrie vergrößert das Risiko für die Verbraucher. Bei weiter steigenden Rohstoffpreisen begünstigt der Kostendruck zudem Missstände wie die Dioxinpanascherei in Futtermitteln. Staatliche Kontrollen sind trotz der regelmäßig wiederkehrenden Skandale nicht in angemessenem Umfang ausgebaut worden“, sagte Jochen Fritz von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

„Die jetzigen Rückrufaktionen im Handel reichen nicht aus“, so Reinhild Benning, Agrarexpertin des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). „Seit mindestens Mitte Dezember liegen erste Dioxin-Hinweise vor. Vermutlich sind viele seither gekaufte Eier und Fleischprodukte noch nicht verspeist. Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner darf keinen Moment zögern, die Markennamen und Chargen, die betreffenden Handelsketten und die Zeiträume zu nennen, die belastete Ware betreffen. Es muss eine Rückrufaktion aus dem Kühlschrank geben“, sagte Benning.

„Die Verbraucherinnen und Verbraucher fühlen sich angesichts der mangelhaften Informationspolitik der Bundesregierung verraten. Das haben wir satt. Trotz Dioxin und Gentechnik im Futter fördert der Staat das System der Tierfabriken weiter mit unseren Steuergeldern“, so Fritz von der AbL.



„Wir rufen dazu auf am 22. Januar mit uns auf die Straße zu gehen. Es ist Zeit für einen grundsätzlichen Wandel in der Agrarpolitik. Agrarfabriken müssen zum Auslaufmodell werden, die Zukunft gehört der bäuerlichen Landwirtschaft. Wir dürfen die Entscheidungen darüber nicht länger der industriebhörigen Politik überlassen, sondern müssen jetzt Druck machen“, sagte Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND und einer der Initiatoren der Demonstration unter dem Motto „Wir haben es satt“ zu Beginn der Grünen Woche in Berlin.

Pressekontakt:

Reinhild Benning, Agrarexpertin, BUND Bundesverband,
Tel. (030) 275 86-481/-425, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

Jochen Fritz, Leiter Demonstrationsbüro Berlin,
Mobil: (0171) 822 97 19, Tel. (030) 21 60 86 21, E-Mail: info@wir-haben-es-satt.de;
www.wir-haben-es-satt.de

Pressekontakt BUND Landesverband Niedersachsen:

Carla Juhre, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Tel. (0511) 965 69 - 39 oder -0,
E-Mail: carla.juhre@nds.bund.net, Internet: www.bund-niedersachsen.de